



News

| research with impact

- i Ein einheitlicher CO₂-Preis:
Eine dringend benötigte Weichenstellung**
- i Konjunktur-Update RWI:
Außenwirtschaftliche Unsicherheit bremst
deutsche Konjunktur**
- i RWI:
Kein pauschaler Anstieg der Kriminalität durch
Flüchtlingszuzug**
- i RWI-Stromspiegel:
Nicht immer zahlt sich der Wechsel zum
stromsparenden Elektrogerät aus**

Nr. 1&2/2018

Ein einheitlicher CO₂-Preis: Eine dringend benötigte Weichenstellung



Deutschland braucht neue Weichenstellungen in der Energiepolitik. So hat Wirtschaftsminister Peter Altmaier zwar angekündigt, die Subventionierung der erneuerbaren Energien im Stromsektor in vier bis fünf Jahren beenden zu wollen. Doch einen staatlichen Anreiz zum Aufbau von regenerativen Erzeugungskapazitäten muss es auch dann weiterhin geben, sonst wird es keine Fortsetzung der Energiewende geben. Anders als die ineffiziente Subventionierung der Erneuerbaren im Stromsektor sollte dieses neue energiepolitische Instrument allerdings dafür sorgen, dass in allen Bereichen, in denen die Nutzung fossiler Energieträger Emissionen von Kohlendioxid erzeugt, der gleiche starke Anreiz besteht, auf nicht-fossile Energieträger umzusteigen, nicht nur im Elektrizitätssektor. Dies sollte also auch für die Bereitstellung von Wärme und für Mobilität gelten. Die Politik sollte daher einen über alle Sektoren des Energieverbrauchs einheitlichen CO₂-Preis einführen.

Dieser einheitliche Preis würde dazu führen, dass Haushalte und Unternehmen tendenziell diejenigen Maßnahmen zur Vermeidung von Treibhausgas-Emissionen wählen, die am günstigsten sind. Für die Abmilderung des Klimawandels ist es irrelevant, ob diese Emissionen durch den Ausbau von Solaranlagen, durch Veränderungen beim Verbrauchsverhalten oder auf anderem Wege

reduziert werden. So kann es beispielsweise günstiger sein, eine Tonne an Treibhausgasen nicht bei der Stromproduktion einzusparen, sondern bei der Wärmeproduktion. Das richtige Signal, um die jeweils beste – im Sinne eines volkswirtschaftlich effizienten Klimaschutzes – Entscheidung anzuregen, ist ein einheitlicher Preis für Treibhausgas-Emissionen. Eine planwirtschaftliche Vorgabe, wo, wann und in welchem Umfang Emissionen am besten eingespart werden sollen, kann hingegen in einem technisch so dynamischen Umfeld nicht zu ähnlich effizienten Entscheidungen führen.

Am besten wäre es, würde ein solcher einheitlicher CO₂-Preis zunächst auf der europäischen Ebene etabliert und sein regionaler Geltungsbereich dann schrittweise erweitert. Denn der Klimawandel ist ein globales Phänomen, das dementsprechend nur länderübergreifend bekämpft werden kann. Vergleichsweise einfach wäre es, das bereits bestehende EU-weiten Emissionshandelssystem auf den Verkehrs- und Wärmesektor sowie alle anderen Bereiche auszuweiten, die bislang noch nicht von ihm erfasst werden. Der Impuls hierzu könnte die Initiative von Präsident Macron aufgreifend etwa von einer deutsch-französischen Allianz ausgehen.

Noch zögert die Bundesregierung, ihre Klimapolitik auf völlig neue Beine zu stellen. Denn würde nun ein einheitlicher CO₂-Preis als zentraler Hebel der Energiewende etabliert, wäre das nicht weniger als ein radikaler Strategiewechsel. Doch eine Fortsetzung der planwirtschaftlichen Umsetzung der Energiewende wird weiterhin volkswirtschaftliche Ressourcen vergeuden. Aufgrund der steigenden Kostenbelastung von Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen wird dies über kurz oder lang das Gelingen des gesamten Projekts gefährden. Je schneller in der Politik diese Einsicht reift, umso besser.

Christoph M. Schmidt

Konjunktur-Update RWI: Außenwirtschaftliche Unsicherheit bremst deutsche Konjunktur

Das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung senkt seine Prognose des deutschen Wirtschaftswachstums für das Jahr 2018 gegenüber März dieses Jahres von 2,4 auf 1,8 Prozent; für 2019 erwartet es statt 1,9 jetzt 1,5 Prozent. Ursachen hierfür sind erwartete schwächere Exporte, die durch das zunehmend protektionistische Umfeld belastet werden. Die Arbeitslosenquote dürfte bei nachlassendem Beschäftigungsaufbau von 5,3 Prozent in diesem Jahr nur wenig auf 5,2 Prozent im kommenden Jahr zurückgehen. Dabei wird eine Inflationsrate von 1,8 Prozent in diesem und 1,9 Prozent im kommenden Jahr erwartet. Die öffentlichen Haushalte werden 2018 und 2019 voraussichtlich Überschüsse von 41 und 27 Milliarden Euro erzielen.

Die wichtigsten Ergebnisse:

Das RWI revidiert seine Prognose des deutschen Wirtschaftswachstums deutlich nach unten. Für das Jahr 2018 senkt es sie gegenüber März dieses Jahres von 2,4 auf 1,8 Prozent; für 2019 erwartet es statt 1,9 jetzt 1,5 Prozent. Die Gründe liegen im außenwirtschaftlichen Bereich: Die Exporte nahmen in den ersten Monaten dieses Jahres schwächer zu als ursprünglich angenommen, abnehmende Auftragseingänge aus dem Ausland lassen für die kommenden Monate wenig Besserung erwarten. Zudem dürfte das zunehmend protektionistische Umfeld die Exporttätigkeit weiter belasten. Die Einfuhren dürften aufgrund der stabilen Binnenkonjunktur aufwärtsgerichtet bleiben.

Am **Arbeitsmarkt** schlägt sich die für den Prognosezeitraum erwartete schwächere Konjunktur in einem verlangsamtten Beschäftigungsaufbau und nur noch geringfügig sinkender Arbeitslosigkeit nieder. Insbesondere in der Bauwirtschaft und im Pflegebereich besteht zwar Arbeitskräftebedarf, er wird jedoch häufig durch Zuwanderung gedeckt. Die Arbeitslo-

senquote wird voraussichtlich nur noch leicht von 5,3 Prozent in diesem Jahr auf 5,2 Prozent im kommenden Jahr zurückgehen.

Eckwerte der RWI-Konjunkturprognose vom Juni 2018

2017 bis 2019, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2017	2018 ^P	2019 ^P
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränderung in Prozent	2,2	1,8	1,5
Erwerbstätige ² , in 1 000	44 271	44 770	45 000
Arbeitslose ³ , in 1 000	2 533	2 470	2 360
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in Prozent	5,7	5,3	5,2
Verbraucherpreise, Veränderung in Prozent	1,8	1,8	1,9
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in Prozent	1,8	2,0	2,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁶			
in Mrd. €	38,2	41	27
in Prozent des nominalen BIP	1,2	1,2	0,8
Leistungsbilanzsaldo ⁷			
in Mrd. €	262,5	252	236
in Prozent des nominalen BIP	8,0	7,5	6,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^PEigene Prognose.

Die *Inflation* hat im Mai deutlich angezogen, auf 2,2 Prozent. Maßgeblich hierfür waren steigende Energiepreise aufgrund des höheren Rohölpreises. Für den Prognosezeitraum geht das RWI von einem real konstanten Rohölpreis aus. Entsprechend tragen die Energiepreise in diesem Jahr deutlich zum Preisauftrieb bei, im Jahr 2019 aber in abnehmendem Maße. Der binnenwirtschaftliche Preisauftrieb bleibt im Prognosezeitraum moderat. Die Inflation dürfte 2018 1,8 Prozent und 2019 1,9 Prozent betragen.

Der *staatliche Budgetüberschuss* dürfte in diesem Jahr um rund 3 Milliarden Euro auf gut 41 Milliarden Euro steigen. Grund dafür sind höhere Einnahmen durch die weiterhin gute Lage am Arbeitsmarkt. Im kommenden Jahr dürfte sich der Aufschwung am Arbeitsmarkt verlangsamen und damit auch die staatlichen Einnahmen etwas schwächer zunehmen. Zugleich sind eine Reihe expansiver finanzpolitischer Maßnahmen geplant. Der Finanzierungssaldo des Staates dürfte daher auf 27 Milliarden Euro sinken.

Der *Aufschwung* der Binnenwirtschaft ist intakt. Die Bauinvestitionen expandieren wohl weiterhin kräftig und die privaten Konsumausgaben profitieren von einer voraussichtlich weiter zunehmenden Beschäftigung, kräftigeren Lohnerhöhungen und von 2019 in Kraft tretenden Abgabensenkungen sowie steigenden Transfers.

Zu den *Auswirkungen internationaler Entwicklungen auf die deutsche Konjunktur* sagt RWI-Konjunkturchef Roland Döhrn: „Das außenwirtschaftliche Klima ist rauer geworden. Selbst wenn nur kleine Teile des deutschen Exports von den durch die USA verhängten Zöllen betroffen sind, dürfte das Aufkeimen des Protektionismus negativ auf das Exportklima wirken und Unternehmen vorsichtiger agieren lassen. Zusätzlich verunsichert sie die unklare Zukunft der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU.“

✉ roland.doehrn@rwi-essen.de

RWI:

Kein pauschaler Anstieg der Kriminalität durch Flüchtlingszuzug



Der starke Flüchtlingszustrom nach Deutschland zwischen den Jahren 2010 und 2015 hat keinen pauschalen Anstieg der Kriminalität zur Folge. Der Zuzug von Asylbewerbern in einen Kreis erhöht die Kriminalitätsrate mit Ausnahme migrationsspezifischer Vergehen nicht. Auch die einheimische Bevölkerung wird nicht häufiger kriminell. Anerkannte Flüchtlinge lassen das durchschnittliche Kriminalitätsniveau zwar ansteigen, dies aber vor allem durch gewaltfreie Delikte wie Diebstahl und Betrug. Zu diesem Ergebnis kommt eine RWI-Studie, die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik und des Ausländerzentralregisters aus den Jahren 2010 bis 2015 ausgewertet und erstmals für diesen Zeitraum den ursächlichen Einfluss von Asylbewerbern und anerkannten Flüchtlingen auf verschiedene Deliktarten in Deutschland untersucht.

Die Zuwanderung von Asylbewerbern hat in Deutschland mit Ausnahme migrationsspezifischer Vergehen nicht zu mehr Kriminalität geführt. Die Gruppe anerkannter Flüchtlinge hingegen erhöht das durchschnittliche Kriminalitätsniveau durch gewaltfreie Delikte wie Diebstahl und Betrug. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung. Sie untersucht erstmals getrennt den ursächlichen Einfluss der Zuwanderung von Asylbewerbern und anerkannten Flüchtlingen auf verschiedene Deliktarten in Deutschland.

Grundlage der Studie sind Informationen der Polizeilichen Kriminalstatistik und des Ausländerzentralregisters auf Kreisebene aus den Jahren 2010 bis 2015. In diesem Zeitraum hat sich die Zahl der jährlichen Asylanträge in Deutschland auf nahezu 477.000 im Jahr 2015 fast verzehnfacht.

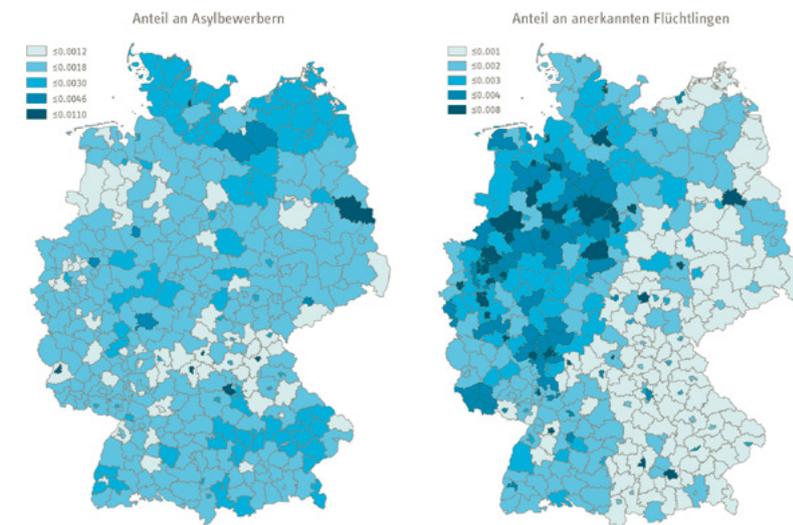
Asylsuchende begehen vor allem Regelverstöße

Eine erste Analyse aller Deliktarten zeigt, dass ein Anstieg des Anteils von Asylbewerbern in einem Kreis um einen Prozentpunkt den dortigen Anteil der tatverdächtigen Asylbewerber um ungefähr 0,01 erhöht. Das entspricht einem tatverdächtigen Asylbewerber pro 100 Einwohner. Die genauere Betrachtung offenbart jedoch, dass die kriminellen Aktivitäten, die zu diesem Anstieg führen, vor allem migrationsspezifische Delikte sind, die von Einheimischen nicht begangen werden können. Hierzu gehören beispielsweise Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz. Rechnet man diese Art der Delikte aus der Kriminalstatistik heraus, verändert sich

die Kriminalitätsrate in einem Kreis durch den Zuzug Asylsuchender nicht signifikant.

Anders sieht es bei der Gruppe der anerkannten Flüchtlinge aus, selbst wenn man migrationspezifische Delikte herausrechnet. Steigt der Anteil der anerkannten Flüchtlinge im Kreis um einen Prozentpunkt, so erhöht dies den Anteil der tatverdächtigen anerkannten Flüchtlinge um gut 0,4 Tatverdächtige pro 100 Einwohner. Dabei geht es vor allem um gewaltfreie Delikte wie Diebstahl und Betrug. Mit Blick auf Gewaltverbrechen, Raub oder Sexualdelikte lässt sich kein signifikanter Anstieg der Kriminalitätsraten feststellen. Der beobachtete Anstieg von Kriminalität ist durch diejenigen anerkannten Flüchtlinge getrieben, die in Regionen ziehen, in denen schon weitere Migranten gleicher Nationalität leben. Dies betrifft vor allem Großstädte wie Berlin, München, Hamburg und Köln sowie Regionen wie das Ruhrgebiet und die Rhein-Main-Region. Denn anerkannte Flüchtlinge sind nach erfolgreichem Asylantrag und Anerkennung ihres Flüchtlingsstatus nicht mehr in ihrer regionalen Mobilität eingeschränkt (Residenzpflicht) und dürfen ihren Wohnsitz frei wählen.

Regionale Verteilung der in Deutschland lebenden Asylbewerber und anerkannten Flüchtlinge



Anmerkung: Der Anteil an Asylbewerbern bzw. anerkannten Flüchtlingen wird berechnet als Anzahl aller Asylbewerber bzw. anerkannten Flüchtlinge geteilt durch die im Kreis lebende Gesamtbevölkerung. Hier abgebildet ist der Durchschnitt über die Jahre 2010 bis 2015.

Quelle: Berechnungen des RWI basierend auf dem Ausländerzentralregister – Statistisches Bundesamt.

Frühere Analysen haben gezeigt, dass insbesondere Einwanderer mit niedrigem Bildungsniveau einen Wohnort wählen, an dem bereits viele Mitbürger der eigenen Ethnie leben. Gleichzeitig erhöht ein niedriges Bildungs- und Qualifikationsniveau die Wahrscheinlichkeit, kriminell zu werden. Dies könnte den positiven Zusammenhang erklären.

Kein Hinweis auf pauschalen Anstieg der Kriminalität durch Flüchtlingsmigration

Wie die Studie auch zeigt, ändert sich das Kriminalitätsverhalten der einheimischen Bevölkerung nicht, wenn sich der Anteil der Asylbewerber oder Flüchtlinge in ihrem Kreis erhöht.

Die RWI-Studie liefert keine Hinweise darauf, dass die Kriminalität in Deutschland durch die gestiegene Flüchtlingseinwanderung kurzfristig pauschal zugenommen hat. Wissenschaftlich fundierte Aussagen zu langfristigen Auswirkungen sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Hierzu sollten weiterhin Daten zu möglichst ausdifferenzierten Gruppen erhoben und öffentlich zugänglich gemacht werden.

✉ fabian.dehos@rwi-essen.de

Dieser Meldung liegt das Ruhr Economic Paper #737 („The Refugee Wave to Germany and Its Impact on Crime“) zugrunde. Es ist unter www.rwi-essen.de/rep/als-pdf-Datei-erhaeltlich. Eine deutsche Zusammenfassung ist als RWI Impact Note unter dem Titel „Hat der Flüchtlingszuzug die Kriminalität erhöht?“ erschienen und kann unter <http://www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-impact-notes/als-pdf-Datei-heruntergeladen-werden>.

Immobilienmarkt: Keine Hinweise auf allgemeine Überhitzung

Derzeit gibt es keine Hinweise auf eine allgemeine Überhitzung des deutschen Immobilienmarktes. In zahlreichen Regionen Deutschlands hat das Risiko für eine Blase am Wohnungsmarkt allerdings in den vergangenen zwei Jahren zugenommen. Der Markt für Wohnhäuser hat sich hingegen zuletzt etwas entspannt. In beiden Segmenten sind die Preise im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Das sind die Ergebnisse des vierten Immobilienpreis-Monitorings des RWI auf Basis von Daten des Internet-Immobilienportals „ImmobilienScout24“. Es liefert ein regionales Monitoring auf der Ebene von Arbeitsmarktregionen.

Eine allgemeine Überhitzung des deutschen Immobilienmarktes ist derzeit nicht feststellbar. Am Wohnungsmarkt ist jedoch in zahlreichen Regionen Deutschlands das Risiko für eine Immobilienpreisblase in den vergangenen zwei Jahren gestiegen. Insbesondere in den Arbeitsmarktregionen Köln und Leipzig sowie in einigen Regionen Baden-Württembergs gibt es Hinweise auf übertriebene Preiserwartungen und somit Anzeichen für eine Überhitzung des Marktes. Auf dem Häusermarkt hat sich die Lage hingegen etwas entspannt. Hier ist vor allem in den Regionen Hannover, Frankfurt und Köln eine Überhitzung wahrscheinlich. Das sind die Ergebnisse des vierten regionalen Immobilienpreis-Monitorings des RWI auf der Basis von Daten des Internet-Immobilienportals „ImmobilienScout24“ auf der Ebene von Arbeitsmarktregionen.

Die erhöhten Risiken am Wohnungsmarkt lassen sich daran ablesen, dass sich seit dem vorhergehenden Immobilienpreis-Monitoring vom April 2016 in 39 der 141 Arbeitsmarktregionen die Anzeichen einer Überhitzung verstärkt haben. In lediglich neun Regionen haben sich die Hinweise abgeschwächt. Auf dem Häusermarkt haben die Anzeichen für überhöhte Immobilienpreise im gleichen Zeitraum in 24 Arbeitsmarktregionen zugenommen. In 32 Regionen sind die Hinweise auf eine Überhitzung schwächer geworden.

Deutlich steigende Immobilienpreise in ganz Deutschland

Insgesamt sind die Preise für Immobilien im vergangenen Jahr allerdings erneut deutlich gestiegen. Sie lagen im dritten Quartal 2017 nach Angaben des Immobilienpreisindex des Statistischen Bundesamtes um 3,6 Prozent über dem Vorjahreswert. Andere Indizes deuten sogar auf einen noch stärkeren Anstieg hin. Besonders davon betroffen sind Berlin und angrenzende Arbeitsmarktregionen sowie Teile Baden-Württembergs und Südbayerns. Bundesweit betrachtet stiegen die Preise vor allem in Großstädten überproportional.

Steigende Preise alleine sind jedoch noch kein hinreichender Hinweis darauf, dass eine Blase entsteht. Dazu müssen sie sich von fundamentalen Trends abkoppeln, wie sie sich beispielsweise aus steigenden Einkommen ergeben. Um dem Zusammenhang zwischen Einkommensperspektiven und Immobilienpreisen Rechnung zu tragen, wird in der Studie untersucht, ob es Anzeichen auf eine nicht nachhaltige Preisentwicklung in den einzelnen Arbeitsmarktregionen gibt. Hierzu wird mittels eines statistischen Verfahrens getestet, ob ein Preisanstieg fundamental gerechtfertigt ist oder auf übersteigerten Erwartungen basiert, was als Hinweis auf eine Preisblase verstanden werden kann.

Grundlage der Studie ist ein Datensatz von „ImmobilienScout24“ für den Zeitraum Januar 2007 bis Oktober 2017. Neben den Informationen über den Angebotspreis enthält dieser auch Angaben zu preisbestimmenden Charakteristika von Wohnungen und Wohnhäusern wie Wohnfläche, Zimmeranzahl, Objektalter und das Vorhandensein von Keller, Garten oder Balkon. Dadurch ist es möglich, den Preisanstieg um Einflüsse einer sich ändernden Qualität der angebotenen Objekte zu bereinigen.

✉ doerte.heger@rwi-essen.de

RWI-Stromspiegel: Nicht immer zahlt sich der Wechsel zum stromsparenden Elektrogerät aus

Wie hoch der mittlere jährliche Stromverbrauch von in deutschen Haushalten verbreiteten Kühlschränken oder Waschmaschinen ist, ist mangels smarter Messgeräte vielfach nicht bekannt. Dadurch ist auch ungewiss, wieviel Geld sich durch die Investition in ein neues Elektrogerät mit niedrigerem Stromverbrauch einsparen lässt. Nachrechnen lohnt sich. Das zeigt eine aktuelle RWI-Studie zum Stromverbrauch in privaten Haushalten, die auf zwei umfangreichen Erhebungen basiert.

Da die Strompreise die Budgets privater Haushalte immer stärker belasten, erscheinen stromsparende Maßnahmen immer lohnenswerter. Um ermitteln zu können, wieviel Strom und damit Geld durch neue stromsparende Geräte eingespart werden kann, muss jedoch bekannt sein, wieviel Strom die zu ersetzenden alten Geräte verbrauchen. Laut einer aktuellen Studie des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung sind beispielsweise für den Betrieb eines Kühlschranks durchschnittlich rund 300 Kilowattstunden (kWh) pro Jahr erforderlich, für einen Gefrierschrank etwa 400 kWh. Bei einem durchschnittlichen Strompreis von aktuell rund 30 Cent pro kWh kostet der Betrieb dieser Geräte demnach jährlich 90 bzw. 120 Euro.

Grundlage der Studie sind zwei umfangreiche Erhebungen, die zur Ergänzung des Deutschen Haushaltsenergieverbrauchspanels GRECS (German Residential Energy Consumption Survey) vom Berliner Marktforschungsinstitut forsa GmbH, Berlin, durchgeführt wurden. Sie geben Auskunft über den Stromverbrauch von mehr als 2.000 Haushalten in den Jahren 2011 bis 2013 sowie über deren Ausstattung mit Elektrogeräten.

Investition in energieeffiziente Elektrogeräte lohnt finanziell nicht immer

Würde ein Haushalt mit einem Kühlschrank mit durchschnittlichem Verbrauch von 300 kWh pro Jahr ein neues energieeffizientes Gerät (mit Gefrierfach) mit einem Verbrauch von rund 160 kWh anschaffen, könnte er demnach bei einem Strompreis von 30 Cent pro kWh jährlich rund 42 Euro einsparen. Bei einem Anschaffungspreis von 700 Euro eines solchen aktuell auf dem Markt befindlichen Gerätes würde sich eine solche Investition innerhalb der durchschnittlichen Lebensdauer von Kühlschränken von zehn Jahren jedoch nicht rechnen. Auch unter Umweltgesichtspunkten kann der Austausch des alten Kühlschranks gegen einen neuen unvorteilhaft sein, da zur Herstellung eines neuen Kühlschranks erhebliche Mengen an Energie erforderlich sind und dabei Treibhausgase emittiert werden.

Noch weniger auszahlen würde sich diese Investition, wenn der neue Kühlschrank die durchschnittliche Lebensdauer von zehn Jahren deutlich unterschreiten und früher kaputt gehen würde oder der Haushalt einen günstigen Stromtarif deutlich unterhalb des durchschnittlichen Niveaus von derzeit rund 30 Cent je kWh hätte. Eher rechnen könnten sich solche Investitionen hingegen, wenn der alte Kühlschrank einen überdurchschnittlich hohen Verbrauch aufweist, besonders in Zeiten steigender Strompreise. Es lohnt sich also, den Stromverbrauch des zu ersetzenden Gerätes zu ermitteln und auf dieser Grundlage über den Kauf eines neuen zu entscheiden.

Haushalte verwenden ein Viertel des Stromverbrauchs zur Kühlung

Ein weiteres Ergebnis der Studie ist, dass der Stromverbrauch einzelner Geräte stark über die Haushalte hinweg variiert. So fällt bei Haushalten im untersten Viertel der Stromverbrauchsverteilung der Stromverbrauch einer einzelnen Lampe mit 5,3 kWh deutlich schwächer aus als bei Haushalten des obersten Viertels (15,9 kWh). Bei Kühlschränken beträgt der Unterschied

im jährlichen Stromverbrauch zwischen Haushalten des untersten und obersten Viertels der Stromverbrauchsverteilung pro Jahr etwa 65 kWh.

Haushalte mit geringem Verbrauch verwenden zudem einen größeren Anteil des Stroms für elementare Anwendungen wie Kühlen und Kochen als Haushalte mit hohem Stromverbrauch. Eine Ursache für den hohen Stromverbrauch mancher Haushalte liegt nicht selten am Gebrauch energieintensiver Einrichtungsgegenstände wie Saunen, Wasserbetten oder Solarien.

Haushalte mit einem mittleren Stromverbrauch nutzen rund ein Viertel des Stromverbrauchs zur Kühlung, 15 Prozent für Information und Kommunikation, also den Betrieb von Fernsehgeräten, Computern oder Notebooks. Weitere alltägliche Anwendungen wie Warmwasserbereitung, Beleuchtung, Kochen, Waschen und Trocknen machen jeweils zwischen 2 und 6 Prozent des gesamten Stromkonsums aus.

✉ manuel.frondel@rwi-essen.de

Dieser Meldung liegt das Ruhr Economic Paper #722 („Heterogeneity in Residential Electricity Consumption: A Quantile Regression Approach“) zugrunde. Es ist unter www.rwi-essen.de/rep/ als pdf-Datei erhältlich. Weitere Informationen zum RWI-Stromspiegel sind unter www.rwi-essen.de/stromspiegel zu finden.

RWI-Arbeitspapier: Best Paper Award für RWI-Wissenschaftler

Die RWI-Wissenschaftler Dr. Mark Andor, Prof. Dr. Manuel Frondel und Prof. Dr. Colin Vance haben für ihr Papier „Germany’s Energiewende: A Tale of Increasing Costs and Decreasing Willingness-To-Pay“ den USAEE/IAEE 2017 Working Paper Best Paper Award erhalten. Damit hat zum vierten Mal in sieben Jahren ein RWI-Papier den Preis gewonnen. Mit dem Preis zeichnen die Amerikanische (USAEE) und die Internationale (IAEE) Vereinigung von Energieökonominnen das beste Arbeitspapier des Jahres aus. Die Juroren schreiben:

„The paper was deemed the best that came into our USAEE/IAEE working paper series in 2017 based on its contribution to the literature, scholarship and originality.“ In der Regel werden in dieser Reihe rund 50 Papiere pro Jahr veröffentlicht.

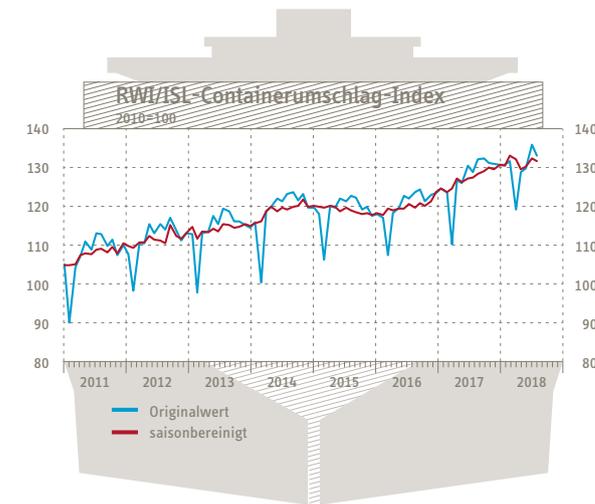
In ihrem Artikel vergleichen die Autoren die Zahlungsbereitschaft der Deutschen für grünen Strom auf Basis zweier Erhebungen für die Jahre 2013 und 2015. Es zeigt sich, dass einerseits der Anteil der Befragten, die eine Förderung erneuerbarer Technologien grundsätzlich befürworten, von 84,4 Prozent auf 88,0 Prozent stieg, aber andererseits die Zahlungsbereitschaft für grünen

Strom im Durchschnitt gesunken ist. Beinahe 60 Prozent der in beiden Jahren befragten Haushalte haben ihre Zahlungsbereitschaft für grünen Strom reduziert.

Die United States Association for Energy Economics (USAEE) und die International Association for Energy Economics (IAEE) werden als die weltweit führenden akademischen Organisationen im Bereich der Energieökonomik angesehen.

✉ manuel.frondel@rwi-essen.de

RWI/ISL-Containerumschlag-Index: Leicht rückläufig



Eigene Schätzungen nach Angaben für 88 Häfen; Juni 2018: Schnellschätzung.

Der Containerumschlag-Index des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) ist im Juni 2018 leicht gegenüber dem Vormonat von (revidiert) 133,6 auf 132,7 zurückgegangen. Die zum 1. Juli in Kraft getretenen Zölle der USA auf viele Importe aus China könnten zu Vorzieheffekten geführt haben, was insbesondere den Anstieg des Index im Mai erklären würde, und möglicherweise ein stärkeres Minus im Juni verhindert hat.

✉ roland.doehrn@rwi-essen.de

🌐 www.rwi-essen.de/containerindex

Monat	Originalwert	saison- und arbeitsmäßig bereinigt	Trend-Zyklus-Komponente
Apr 18	130,7	131,2	132,1
Mai 18	137,3	133,6	132,6
Jun 18	134,3	132,7	133,0

Projekte des RWI

Wissenschaftliche Unterstützung der BMWi-Tätigkeiten im Rahmen der technischen Arbeitsgruppe Produktionslücken (Output Gap Working Group, OGWG) des Wirtschaftspolitischen Ausschusses (WAP) der Europäischen Union

Auftraggeber: BMWi

Ansprechpartner: Prof. Dr. Roland Döhrn

Laufzeit: 01/2018-12/2018

Bedeutung von geldpolitischer Unsicherheit für die Immobilienpreisentwicklung

Auftraggeber: Deutsche Bundesbank

Ansprechpartner: Dr. Torsten Schmidt

Laufzeit: 04/2018-12/2018

Studie zur Untersuchung der versicherungsfremden Leistungen in der Arbeitslosen- und Gesetzlichen Rentenversicherung

Auftraggeber: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung

Ansprechpartner: Prof. Dr. Roland Döhrn, Dr. Philipp Breidenbach

Laufzeit: 05/2018-11/2018

EU-Projekt - Services for the implementation of external aid

Auftraggeber: EU-Kommission

Ansprechpartner: Dr. Torsten Schmidt

Laufzeit: 03/2018-03/2019

Projekte der RWI Consult

Providing short-term advisory support and training on Economics and Banking & Finance (in Myanmar)

Auftraggeber: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Ansprechpartner: Dr. Torsten Schmidt

Laufzeit: 04/2018-10/2019

Erstellung einer Argumentations- und Faktensammlung zum Thema Brexit

Auftraggeber: Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

Ansprechpartner: Prof. Dr. Roland Döhrn

Laufzeit: 05/2018-06/2018

Erstellung eines Evaluationsplans für das Luftfahrtforschungsprogramm des BMWi (LuFo)

Auftraggeber: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Ansprechpartner: Dr. Michael Rothgang

Laufzeit: 04/2018-12/2018

RGS Doctoral Conference



Mehr als 80 Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus 12 Ländern trafen sich am 21. und 22. Februar im Glaspavillon der Universität Duisburg-Essen, um ihre aktuellen Forschungsarbeiten zu diskutieren. Die referierte Konferenz war allgemein ausgeschrieben, die Themen reichten von makroökonomischen Fragen bis hin zu evidenzbasierten Evaluationen wirtschaftspolitischer Maßnahmen. So ging es zum Beispiel um den Einfluss kommunaler Versicherungen auf die Gesundheit in Uganda.



Flankiert wurde die Konferenz von der Keynote Speech „Probabilistic Graphical Models Under Resource Constraints“: Professor Katharina Morik, Lehrstuhlinhaberin für Künstliche Intelligenz an der TU Dortmund, zeigte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, wie sie Machine Learning für die Beantwortung ökonomischer Fragen nutzen können.



RWI-Vizepräsident Thomas K. Bauer lobte die hohe Qualität der eingereichten Beiträge. Bauer schloss die Konferenz, indem er den mit 500 Euro dotierten Best Paper Award an Aljoscha Janssen (Stockholm School of Economics) verlieh. Janssen untersucht in seinem Beitrag „Price Dynamics of Swedish Pharmaceuticals“ empirisch und theoretisch, wie der Wettbewerbsgrad die Preisbildung auf dem Markt für Medikamente in Schweden beeinflusst.



Zukünftig soll die RGS Doctoral Conference ausgeweitet und noch stärker international beworben werden.

www.flickr.com/photos/rwi_essen/albums/72157694293084715

Ökonomie hautnah – Wirtschaft erleben



Kochen gegen den Klimawandel? Die Forscherinnen und Forscher am RWI beschäftigen sich mit aktuellen und relevanten Themen. Bei der zweiten Ausgabe von „Ökonomie hautnah – Wirtschaft erleben“ stellten einige von ihnen in fünf Workshops für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II aus der Region erneut ihre Arbeit vor. Etwa 250 Schülerinnen und Schüler hörten im Essener Haus der Technik zunächst die Impulsvorträge von RWI-Präsident Schmidt und Dr. Stefan Profit aus dem Bundeswirtschaftsministerium.

Danach verteilten sie sich auf die fünf Workshops, in denen es um Patente in der Pharmaindustrie, Verhaltensökonomik beim Klimaschutz, den Kampf gegen Klimawandel in Afrika, die Ökonomik des Fleischkonsums sowie den Einfluss der Nachbarschaft auf das eigene Leben ging. Zum Abschluss wurden die Ergebnisse zusammengetragen.

Erstmals gab es in diesem Jahr auch ein „Economic Café“. In einer Kaffeehaus-Atmosphäre lernten die Schülerinnen und Schüler Themenschwerpunkte der Wirtschaftsforschung kennen und diskutierten mit den Forschenden zu aktuellen Themen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer rotierten zwischen den Tischen und hatten so die Möglichkeit, über unterschiedliche Aspekte der Ökonomie zu sprechen. Dabei konnten ganz verschiedene Sichtweisen beleuchtet werden.

Mehr Informationen auf der RWI-Homepage unter www.rwi-essen.de/oekonomie-hautnah.



Wie entsteht eigentlich eine Konjunkturprognose?

Eine Gruppe interessierter Bürgerinnen und Bürger aus Oberhausen war am 21. Februar im RWI zu Gast und lernte von Konjunkturchef Roland Döhrn aus erster Hand, welche Faktoren in die Prognosen einfließen. Die Gäste erfuhren auch, wie sich Konjunkturprognosen auf die Politik auswirken. Angeboten wurde der Besuch von der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“, die vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und dem Deutschen Volkshochschulverband

(DVV) getragen wird. Sie bietet Seminare und Vorträge zu politischen und ökonomischen Themen an.



Publikationen

RWI Impact Notes

RWI Impact Notes fassen Forschungsergebnisse kurz und knapp für Entscheidungsträger, Medienvertreter und die interessierte Öffentlichkeit zusammen.

www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-impact-notes/

Hat der Flüchtlingszuzug die Kriminalität erhöht?
(Februar 2018)

RWI Materialien

RWI Materialien enthalten z.B. wissenschaftliche Diskussionsbeiträge, Gutachten und Stellungnahmen zu wirtschaftspolitischen Themen sowie Dokumentationen.

www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-materialien/

Heft 126 Jochen Dehio und Torsten Schmidt

Diskussionspapier: Gesamt- und regionalwirtschaftliche Bedeutung des Braunkohlesektors und Perspektiven für die deutschen Braunkohleregionen

Heft 125 Ronald Bachmann und Rahel Felder

Die Erfassung von Minijobmeldungen in den Integrierten Erwerbsbiografien (IEB)

Heft 124 Manuel Frondel und Stephan Sommer

Diskussionspapier: Schwindende Akzeptanz für die Energiewende? Ergebnisse einer wiederholten Bürgerbefragung

Heft 123 Manuel Frondel, Stephan Sommer und Lukas Tomberg

Diskussionspapier: Versorgungssicherheit mit Strom: Empirische Evidenz auf Basis der Inferred-Valuation-Methode

Heft 122 Boris Augurzky, Andreas Beivers und Adam Pilny

Krankenhäuser in privater Trägerschaft 2018

Heft 121 Manuel Frondel

Diskussionspapier: Die Verteilung der Kosten des Ausbaus der Erneuerbaren: Eine qualitative Bewertung der meistdiskutierten Vorschläge

RWI Projektberichte

Das RWI übergibt seine Zwischen- und Endberichte von Gutachten, Stellungnahmen usw. als RWI Projektberichte an den jeweiligen Auftraggeber. Nachdem sie vom Auftraggeber freigegeben wurden, stehen diese als kostenloser pdf-Download zur Verfügung.

www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-projektberichte/

RWI (2018), **Lignite Regions in Germany: an Analysis Based on Current Comparative Structural Data – Summary.**

RWI (2018), **Erarbeitung aktueller vergleichender Strukturdaten für die deutschen Braunkohleregionen – Kurzfassung und Endbericht.**

RWI (2018), **Makroökonomische Folgen des gesetzlichen Mindestlohns aus neoklassisch geprägter Perspektive.**

RWI und IAW Tübingen (2018), **Vergleich von Datenquellen für eine Analyse von Übergängen am Arbeitsmarkt.**

RWI (2018), **Aktualisierung der Bestimmung des Fixkostenanteils von zusätzlichen Leistungen in der stationären Versorgung.**

RWI (2018), **Überprüfung des Zuschnitts von Arbeitsmarktregionen für die Neuabgrenzung des GRW-Fördergebiets ab 2021.**

RWI (2018), **Notfallversorgung in Deutschland.**

RWI (2017), **Meta-Analyse kausaler Effekte von verhaltensökonomischen Interventionen auf den Energieverbrauch privater Haushalte.**

Ruhr Economic Papers

Ruhr Economic Papers werden von den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Bochum (RUB), Dortmund (TUD) und Duisburg-Essen (UDE) sowie dem RWI gemeinsam herausgegeben. Die RGS Econ (RGS) ist Mit-Herausgeber.

www.rwi-essen.de/rep

#760 Christian Gillitzer und Mathias Sinning (RWI)
Nudging Businesses to Pay Their Taxes: Does Timing Matter?

#759 Mark Andor, Manuel Frondel und Stephan Sommer (RUB, RWI)
Equity and the Willingness to Pay for Green Electricity in Germany

#757 Thomas Cornelissen, Christian Dustmann, Anna Raute und Uta Schönberg (RWI)

Who Benefits from Universal Child Care? Estimating Marginal Returns to Early Child Care Attendance

#756 Mahesh Dahal und Nathan Fiala (RWI)
What Do We Know about the Impact of Microfinance? The Problems of Power and Precision

#755 Silvia Mendolia, Alfredo Paloyo und Ian Walker (RWI)

The Effect of Religiosity on Adolescent Risky Behaviors

#754 Alicia Barriga und Nathan Fiala (RWI)
The Supply Chain for Seed in Uganda: Where Does It All Go Wrong?

#753 Alfred Bizozo, Phillip Jäger und Alexandre Simons (RWI)

Understanding Poverty Dynamics in Rwanda

#752 Nathan Fiala und Patrick Premand (RWI)
Social Accountability and Service Delivery: Experimental Evidence from Uganda

#751 Matthias Schulz, Diemo Urbig und Vivien Procher (RWI)

The Role of Hybrid Entrepreneurship in Explaining Multiple Job Holders' Earnings Structure

#750 Boris Augurzky, Thomas K. Bauer, Arndt R. Reichert, Christoph M. Schmidt und Harald Tauchmann (RUB, RWI)

Habit Formation, Obesity, and Cash Rewards

#749 Fernanda Martinez Flores (RUB, RWI)

The Deterrence Effect of Immigration Enforcement in Transit Countries: Evidence from Central American Deportees

#748 Ronald Bachmann, Merve Cim und Colin Green (RGS, RWI)

Long-run Patterns of Labour Market Polarisation: Evidence from German Micro Data

#747 Elisabeth Dütschke, Manuel Frondel, Joachim Schleich und Colin Vance (RUB, RWI)

Moral Licensing – Another Source of Rebound?

#746 Daniel Baumgarten, Michael Irlacher und Michael Koch (RWI)

Offshoring and Non-Monotonic Employment Effects across Industries in General Equilibrium

#745 Michael Grimm, Luciane Lenz, Jörg Peters und Maximiliane Sievert (RWI)

Demand for Off-Grid Solar Electricity – Experimental Evidence from Rwanda

#744 Christopher Thiem (UDE)

Cross-category Spillovers of Economic Policy Uncertainty

#743 Ansgar Belke und Jens Klose (UDE)

Equilibrium Real Interest Rates, Secular Stagnation, and the Financial Cycle: Empirical Evidence for Euro-Area Member Countries

#742 Michael Simora, Manuel Frondel und Colin Vance (RGS, RUB, RWI)

Does Financial Compensation Increase the Acceptance of Power Lines? Evidence from Germany

#741 Sandra Schaffner und Andrea Siebert-Meyerhoff (RWI)

The Effect of Schooling Age on Fertility

#740 Timo Baas und Ansgar Belke (UDE)

Oil Price Shocks, Monetary Policy and Current Account Imbalances Within a Currency Union

#739 Anna Bruederle, Jörg Peters und Gareth Roberts (RWI)

Weather and Crime in South Africa

#738 Mark Andor, Daniel Osberghaus und Michael Simora (RGS, RWI)

Natural Disasters and Governmental Aid: Is There a Charity Hazard?

#737 Fabian Dehos (RGS, RUB, RWI)

The Refugee Wave to Germany and Its Impact on Crime

#736 Lea Eilers, Alfredo Paloyo und Colin Vance (RGS, RUB, RWI)

Rental Prices in Germany: A Comparison Between Migrants and Natives

#735 Julia Bredtmann, Lisa Sofie Höckel und Sebastian Otten (RUB, RWI)

The Intergenerational Transmission of Gender Role Attitudes: Evidence from Immigrant Mothers-in-Law

#734 Lea Eilers (RWI)

Is My Rental Price Overestimated? A Small Area Index for Germany

Aus der Universität Duisburg-Essen

Zwischenergebnisse eines LSCR-Projekts vorgestellt

Ältere und kranke Menschen auf dem Land haben es nicht leicht: Hier treffen schwach besiedelte Gegenden auf einen Mangel an medizinischen Fachkräften. Zudem ist die Bevölkerung auf dem Land im Schnitt deutlich älter als jene in der Stadt. Die große Herausforderung der medizinischen Versorgung einer alternden Gesellschaft tritt daher auf dem Land so offen zu Tage wie nirgendwo sonst. Anke Walendzik, Laura Krabbe und ihre Kollegen vom Lehrstuhl für Medizinmanagement der Universität Duisburg-Essen (UDE) suchen nach Lösungen. Die Wissenschaftlerinnen sind Teil des Projekts „Sicherstellung der ambulanten Versorgung in ländlichen Regionen in Deutschland“ im Rahmen des Leibniz Science Campus Ruhr (LSCR). Der LSCR ist eine Kooperation des RWI, der Universität Duisburg-Essen und der Universität Tilburg.



Laura Krabbe und Anke Walendzik

Walendzik und Krabbe suchen nicht nur, sie finden auch: Erste Zwischenergebnisse stellten die Forscherinnen am 23./24. Januar 2018 auf dem Kongress des Bundesverbands Managed Care (BMC) unter dem Titel „Managed Care im digitalen Zeitalter“ in Berlin vor. Die Wissenschaftlerinnen lieferten einen Studienüberblick zu international bestehenden Modellen für die ambulante Versorgung in ländlichen

Regionen, die sich unter anderem den Bereichen Telemedizin, Versorgungszentren oder mobile Versorgung zuordnen ließen. Außerdem stellten sie Ergebnisse von Fokusgruppen vor, die die Basis für eine Erhebung von Bevölkerungspräferenzen in vier ländlichen Gemeinden in Westfalen-Lippe bildeten.

Neuer Professor für Finanzierung an der UDE



Heiko Jacobs hat eine Professur für Finanzierung am Campus Essen der Universität Duisburg-Essen (UDE) angenommen. Der 35-Jährige studierte von 2002 bis 2006 Business Administration an der Universität des Saarlandes und 2007 an der australischen University of Technology, Sydney. Danach war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Mannheim, wo er 2011 promoviert wurde. Bevor er an die UDE kam, forschte er als Assistenzprofessor in Mannheim am Lehrstuhl für Banken und Finanzen. Der Schwerpunkt seiner mehrfach ausgezeichneten Arbeiten liegt im Forschungszweig Behavioral Finance. Dort beschäftigt sich Jacobs damit, wie man ein realitätsnahes Bild von den Verhaltensweisen von Akteuren an Kapitalmärkten zeichnen und daraus Implikationen für das Marktgeschehen ableiten kann.

Ehemaliger Sparkassenchef erhält Ehrendoktor

Die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen (UDE) hat Dr. Henning Osthus-Albrecht am 20. November 2017 die Ehrendoktorwürde



Ehrendoktor Osthues-Albrecht (v.l.n.r.): Laudator Prof. Dr. Volker Clausen, Dr. Dr. h.c. Henning Osthues-Albrecht, Dekan Prof. Dr. Erwin Rathgeb, Rektor Prof. Dr. Ulrich Radtke

verliehen. Osthues-Albrecht leitete die Sparkasse Essen von 1992 bis zu seinem Ruhestand 2007. Danach war er über einen Zeitraum von zehn Jahren Vorsitzender des Hochschulrates der UDE.

Im Zusammenhang mit der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften hat er zahlreiche Initiativen auf den Weg gebracht, unter anderem war er im Jahr 2001 Mitbegründer des Fonds für Essener Existenzgründer und auch der Ruhr Campus Academy. Vor seiner beruflichen Tätigkeit studierte er Betriebswirtschaftslehre in Münster, Berlin und London und wurde 1973 in Münster promoviert.

Aus der Ruhr-Universität Bochum

Neues Institut an der Ruhr-Universität

Die Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum (RUB) hat mit der Besetzung zweier neuer Professuren im Wintersemester 2017/18 das Centrum für Entrepreneurship, Innovation und Transformation (CEIT) eingerichtet. Ziel des Zentrums ist es, zu diesen Themen zukunftsorientiert und regional vernetzt zu forschen. Charakteristisch für das CEIT sind

das Zusammenspiel von volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Expertise sowie die Kooperation mit anderen Disziplinen, Transfereinrichtungen, politischen Institutionen und Unternehmen. Voraussichtlich 2020 wird das CEIT auf den neuen Gründungs- und Transfercampus der RUB auf dem ehemaligen Opelgelände ziehen.



Auf die volkswirtschaftliche Professur wurde Prof. Dr. Marianne Saam berufen, die zuvor im Forschungsbereich „Digitale Ökonomie“ des ZEW in Mannheim tätig war. Schwerpunkte ihrer Forschung sind Digitalisierung und Wirtschaftswachstum. „Gegenwärtig herrschen große Erwartungen an die innovative Kraft digitaler Technologien vor“, sagt Saam. Andererseits beobachtet man in industrialisierten Ländern einen Rückgang des Produktivitätswachstums, für den es keine einfache Erklärung gebe. „Das Ruhrgebiet ist eine spannende Region, um diese Phänomene weiter zu erforschen“, beschreibt Saam eine zentrale Frage ihrer Forschung.

Für die betriebswissenschaftliche Professur gewann das CEIT Prof. Dr. Matthias Weiß, der zuvor an der LMU München tätig war. Er befasst sich unter anderem damit, wie Kreativität und Innovationen in Organisationen entstehen und wie Gründer mit Rückschlägen in Innovationsprozessen umgehen. Außerdem forscht er zu Aspekten von Social Innovation und Social Entrepreneurship.

Ronald Bachmann wird APL-Professor am DICE in Düsseldorf



Prof. Dr. Ronald Bachmann (links), Prof. Dr. Justus Haucap

Dr. Ronald Bachmann, Leiter des RWI-Kompetenzbereichs „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“ ist zum außerplanmäßigen Professor (APL-Professor) am „Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE)“ an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf ernannt worden. Das DICE beschäftigt sich in den Bereichen Forschung, Lehre und Wissenstransfer vor allem mit wettbewerbs- und regulierungsökonomischen Fragen. Dr. Ronald Bachmann wird im Rahmen seiner Professur künftig am DICE regelmäßig Vorlesungen zu Themen der Arbeitsmarktökonomik halten.

Ansgar Wübker diskutiert über Künstliche Intelligenz

Übernehmen Roboter irgendwann die Macht? Solchen irrationalen Ängsten nahm Ansgar Wübker das Gewicht, als er beim 21. Geno-Talk, einer Podiumsdiskussion der Geno-Bank, zu Gast war. „Hinter jedem innovativen Fortschritt wird stets der Mensch stehen“, sagte der stellvertretende Leiter des Kompetenzbereichs „Gesundheit“ am RWI. Unter dem Titel „Die Roboter kommen – wie künstliche Intelligenz unser Leben verändern wird“ hatte die Geno-Bank Experten aus Wis-

senschaft und Praxis eingeladen. Das Fazit: „Wir werden künftig mit einer Fülle von Roboterassistenten leben.“

RWI-Forscher erhalten Preis der Green Growth Knowledge Platform

Wie viel ist den Menschen in Entwicklungsländern der Zugang zu einer Energieversorgung wert? Um das herauszufinden, haben die RWI-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Jörg Peters, Luciane Lenz und Maximiliane Sievert gemeinsam mit Michael Grimm von der Universität Passau in nicht-elektrifizierten Dörfern Ruandas die Zahlungsbereitschaft für Solar-Lampen und Solar Home Systems (einfache Photovoltaikanlagen) untersucht. Für ihre Studie „Demand for Off-Grid Solar Electricity: Experimental Evidence from Rwanda“ haben die Ökonomen im November 2017 den Best Paper Award auf der Konferenz der Green Growth Knowledge Platform (GGKP) bekommen. An der GGKP beteiligt sind unter anderem die Weltbank sowie die OECD.

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kamen zu einem interessanten Ergebnis: Die in der Feldstudie untersuchten Haushalte waren bereit, 38 bis 55 Prozent der Marktpreise für die Solar-Kits zu zahlen. „Die Untersuchung hat gezeigt, dass den Menschen auch ein einfacher Stromzugang sehr wichtig ist, sie aber nicht in der Lage sind, Marktpreise zu bezahlen. Für eine Stromversorgung in diesen Regionen sind Subventionen deshalb wahrscheinlich unumgänglich“, fasst Jörg Peters die Ergebnisse zusammen.

Christoph M. Schmidt berät Netzwerk der OECD

Das International Network on Financial Education (INFE) der OECD hat RWI-Präsidenten Christoph M. Schmidt in das Research Committee des Netzwerks berufen. Das Komitee berät das INFE, das unter anderem für seine Studien zu finanzieller und ökonomischer

mischer Allgemeinbildung in OECD-Ländern bekannt ist. Professor Schmidt ist seit dem 7. Dezember 2017 Mitglied des Komitees.

Christoph M. Schmidt diskutiert beim Leibniz-Wirtschaftsgipfel über die Digitalisierung

Die Zukunft der Arbeit vor dem Hintergrund der Digitalisierung war Thema des Leibniz-Wirtschaftsgipfels, zu dem sich die Präsidenten der sechs Leibniz-Wirtschaftsforschungsinstitute am 17. Januar im Haus der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin trafen. „Bei uns gibt es sozialstaatliche Mechanismen, die weltweit einzigartig sind“, betonte RWI-Präsident Christoph M. Schmidt im Verlauf der Diskussion. „Sie geben die Sicherheit, die man braucht, um Risiken einzugehen.“ Und nur wer Risiken eingehe, werde zu den Gewinnern der Digitalisierung gehören. Unser Sozialsystem sei deshalb ein Standortvorteil.

Achim Wambach vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) wies darauf hin, dass die Automatisierung nicht nur Stellen vernichtet, sondern auch neue schafft. „Diese neuen Jobs entstehen aber nur, wenn die Rahmenbedingungen stimmen“, ergänzte RWI-Präsident Schmidt. Unternehmerische Aktivität müsse sich lohnen, das Steuersystem wettbewerbsfähig sein und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich ausprobieren können. Um die Herausforderung der Digitalisierung zu meistern, brauche es also beides: sozialstaatliche Mechanismen und gute Rahmenbedingungen für Unternehmen.

Die Präsidenten der Institute waren sich einig: Die Digitalisierung ist eine Riesenchance. So appellierte Schmidt denn auch an die Politik, den Begriff der Digitalisierung positiver zu besetzen. Gerade der jungen Generation müsse man klar machen: „Die Möglichkeiten, sich frei zu entfalten, sind so gut wie noch nie.“

Ein Mitschnitt des Leibniz-Wirtschaftsgipfels ist unter www.youtube.com/watch?v=QA82pRQkXPs verfügbar.

Christoph M. Schmidt spricht über Ungleichheit



v.l.n.r.: Prof. Dr. Daniel Schunk, Prof. Christoph M. Schmidt, Prof. Georg Krausch (Präsident der Universität Mainz), Prof. Salvatore Barbaro (Staatssekretär in Rheinland-Pfalz)

Christoph M. Schmidt hat am 12. April das Symposium zum Thema Ungleichheit an der Johannes-Gutenberg-Universität (JGU) Mainz mit einem Impulsvortrag eröffnet. RWI-Präsident Schmidt verwies in seinem Vortrag unter anderem auf das aktuelle Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Dort ist der Einkommensungleichheit in Deutschland ein ganzes Kapitel gewidmet. Organisiert hatte das Symposium das Forschungscluster Interdisciplinary Public Policy (IPP) der JGU Mainz gemeinsam mit dem Mercator Science Policy Fellowship der Goethe-Universität Frankfurt.

„Das Symposium hat zum einen eindrücklich gezeigt, wie sehr das Überschreiten der Grenzen zwischen den Fachdisziplinen und das Überschreiten der Grenzen zwischen Wissenschaft und Praxis zu einer Versachlichung der Debatte um Ungleichheit beitragen“, sagte Daniel Schunk, Organisator des Symposiums. Darüber hinaus seien auch praktisch umsetzbare Ideen für die Bewältigung gesellschaftlicher Ungleichheit entwickelt worden.

Wirtschaftsweise geehrt

Die fünf „Wirtschaftsweisen“ haben die Auszeichnung „Vordenker 2018“ erhalten. Die Finanzberatung Plansecur verlieh den mit 10.000 Euro dotierten Preis an den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) am 28. Februar in Frankfurt. Christoph M. Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrats und RWI-Präsident, bedankte sich für die Ehrung.

Nicola Leibinger-Kammüller, Geschäftsführerin des Maschinenbauers Trumpf, hielt die Laudatio. Die Arbeit der Wirtschaftsweisen sei „längst aus dem Bereich der Wissenschaft herausgetreten und zu so etwas wie einem ordnungspolitischen Gewissen der deutschen Wirtschaftspolitik geworden“, sagte sie. Der Sachverständigenrat wird das Preisgeld an „International Justice Mission“ spenden. Die Nichtregierungsorganisation setzt sich gegen Sklaverei und Menschenhandel in Entwicklungs- und Schwellenländern ein.

Christoph M. Schmidt spricht beim Maritimen Hauptstadtforum

RWI-Präsident Christoph M. Schmidt hat beim Maritimen Hauptstadtforum am 21. Februar in Berlin über Globalisierung und Freihandel gesprochen. Insbesondere stellte Schmidt das entsprechende Kapitel „Protektionismus verhindern, Strukturwandel unterstützen“ des aktuellen Jahresgutachtens des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor. Er betonte, dass Globalisierung und internationale Arbeitsteilung alle reicher machen. „Diese Wohlfahrtsgewinne dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden“, sagte der Vorsitzende der „Wirtschaftsweisen“. Daher müsse die Politik protektionistischen Tendenzen entgegen treten, Handelshemmnisse weiter abbauen und einen harten Brexit vermeiden. Das Maritime Hauptstadtforum ist ein Verbund aus Reedern, Schiffbauern, Hafenbetreibern und anderen maritimen Berufsgruppen.

RWI-Präsident Schmidt in Beirat der NRW.BANK berufen

RWI-Präsident Christoph M. Schmidt wurde auf Vorschlag des Verwaltungsrats in den Beirat der NRW.BANK berufen. Die NRW.Bank ist eine Förderbank für Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Düsseldorf und Münster. Das Land ist der alleinige Träger der Bank. Der Beirat berät die Bank und umfasst 50 Persönlichkeiten aus der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und Gesellschaft. Den Vorsitz des Beirats hat Landeswirtschaftsminister Andreas Pinkwart inne.

Christoph M. Schmidt bei den Berliner Energietagen



RWI-Präsident Christoph M. Schmidt hat bei den Berliner Energietagen am 7. Mai einen Vortrag über die Kosten der Energiewende gehalten. Schmidt trug die Ergebnisse des Projekts „ESYS – Energiesysteme der Zukunft“ der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech) vor. Anschließend diskutierte er unter anderem mit dem Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen und Professor Ernst Hueniges vom Deutschen GeoForschungsZentrum über die Mehrkosten, die durch die Energiewende entstehen. Im Mittel betragen sie zwischen ein und zwei Prozent des heutigen deutschen Bruttoinlandsprodukts, so eine Kernaussage des ESYS-Projekts.

Im Rahmen der Veranstaltung ging Schmidt auch auf die Bedeutung eines einheitlichen CO₂-Preises im Kontext der Energiewende ein (siehe Editorial, S. 2). Bei den Berliner Energietagen diskutierten in diesem Jahr über 350 Referentinnen und Referenten in 57 Veranstaltungen. Die Energietage gelten als Leitveranstaltung der Energiewende in Deutschland.

RWI-Präsident Schmidt wirbt für einheitlichen CO₂-Preis

Christoph M. Schmidt hat am 16. April beim Energieforum 2018 eine Keynote-Ansprache über Kosten und Finanzierung der Energiewende gehalten. Der RWI-Präsident diskutierte außerdem im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Felix Matthes (Öko-Institut e.V.), Joachim Rumstadt (STEAG GmbH), Marc Oliver Bettzüge (ewi) sowie Klaus Schäfer (Covestro AG). Der Moderator Boris Schucht (50Hertz Transmission GmbH) wies zu Beginn auf die Schwierigkeiten der Finanzierung der Energiewende hin. Schmidt machte in seiner Argumentation auf eine CO₂-Bepreisung aufmerksam, die nicht nur den Stromsektor, sondern auch andere Verbrauchssektoren betreffen sollte. Nur so sei die Umsetzung der Klimaschutzziele möglich.

Klaus Schäfer merkte an, dass die Industrie einer Bepreisung zustimmen würde, vorausgesetzt sie würde weltweit implementiert werden. Christoph M. Schmidt plädiert für eine EU-weite Umsetzung (siehe Editorial, S. 2). Joachim Rumstadt sah nicht nur die Industrie und die Stromwirtschaft in der Verantwortung CO₂ einzusparen, sondern ebenfalls den Verkehrs- und Wärme-

sektor. Das Energieforum versteht sich als branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum.

Katja Fels ist neue Leiterin der RWI-Kommunikation



Seit dem 1. Mai leitet Katja Fels die Abteilung Kommunikation des RWI. Sie ist bereits seit Juli 2014 als Referentin für wirtschaftspolitische Kommunikation sowie als Wissenschaftlerin in der Forschungsgruppe „Nachhaltigkeit und Governance“ im RWI tätig. Die studierte Journalistin arbeitete zuvor u.a. für die Studienstiftung des deutschen Volkes, das ZDF und die dpa. Im RWI folgt sie auf Dr. Nils aus dem Moore, der sich dort künftig auf die Leitung der Forschungsgruppe „Nachhaltigkeit und Governance“ und die stellvertretende Leitung des Berliner Büros konzentriert.

LSCR jetzt auch online

Der Leibniz Science Campus Ruhr (LSCR) hat nun unter www.lscr.de auch seine eigene Homepage. Dort gibt es alle Informationen über Forschungsbereiche, Publikationen, Projekte, Veranstaltungen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Im LSCR, gefördert durch die Leibniz-Gemeinschaft, forschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des RWI, der Universität Duisburg-Essen und der Universität Tilburg (Niederlande). Sie beschäftigen sich mit dem deutschen Gesundheitswesen und dessen Herausforderungen aufgrund des demografischen Wandels. Der Auftakt-Workshop fand im Oktober 2017 statt.



Danke an ...

Sie stellen sich freiwillig zur Verfügung – und hoffen, dass sie nie gebraucht werden: Die Ersthelferinnen und Ersthelfer am RWI. Insgesamt elf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zwei davon im Büro Berlin, stehen bereit, falls bei einer Kollegin oder



einem Kollegen gesundheitliche Probleme auftreten oder ein Unfall passiert. Glücklicherweise sind sie nur äußerst selten im Einsatz. Im Mai dieses Jahres war es dann aber doch so weit: Ein Hausmeister erlitt im Innenhof am Steuer seines Autos schwere gesundheitliche Komplikationen. Dank des schnellen und engagierten Einsatzes von Ersthelfer Oswald Sieger sowie mehrerer Nachbarn wurde der Kollege schnell versorgt und dann vom herbeigerufenen Notarzt zur Weiterbehandlung ins Krankenhaus gebracht, wo er sich schnell erholte.

Die Ersthelferinnen und Ersthelfer engagieren sich ehrenamtlich für Ihre Kolleginnen und Kollegen. Alle zwei Jahre frischen sie ihre Ausbildung auf, um im Fall der (Not-) Fälle richtig reagieren zu können. Der Vorstand dankt allen, die sich in dieser Weise für das Institut engagieren.

Neu im RWI ...



Silvia Mühlbauer studierte Kunstgeschichte sowie Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Leipzig und der Università degli studi di Bari (Italien). Nach Tätigkeiten an der Universität Potsdam und am Hasso-Plattner-Institut ist sie seit Januar 2018 als Projektassistentin im RWI-Kompetenzbereich „Wachstum, Konjunktur, Öffentliche Finanzen“ tätig.

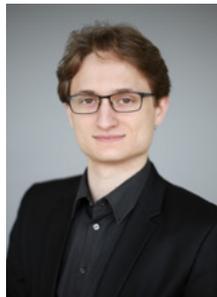
Lukas Tomberg studierte Volkswirtschaftslehre an den Universitäten in Köln und Bochum. Bereits seit Oktober 2015 ist er im Kompetenzbereich „Umwelt und Ressourcen“ des RWI tätig, zunächst als Praktikant, später als studentische Hilfskraft und zuletzt zur Anfertigung seiner Masterarbeit. Seit April 2018 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter im KB „Umwelt und Ressourcen“.



Simon Reif arbeitet seit Mai 2018 als Wissenschaftler im Kompetenzbereich „Gesundheit“. Er hat Volkswirtschaftslehre und Soziologie an den Universitäten Hull, Erlangen-Nürnberg und München studiert. Seit September 2014 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter

an der FAU Erlangen-Nürnberg. Seit Oktober 2015 ist er außerdem affiliertes Mitglied im Evidence Based Economics Doktorandenprogramm des Elite-Netzwerk Bayern. Seine Forschungsinteressen sind Gesundheitsökonomie und Angewandte Ökonometrie.

Neu in der RGS ...



Patrick Aljoscha Maxara studierte Betriebs- und Volkswirtschaftslehre an der TU Dortmund und spezialisierte sich in den Bereichen Makroökonomik, Ökonometrie und Finanzwissenschaft. Seine Masterarbeit behandelte die Architektur des Finanzsystems, Finanzkrisen und die Ergänzung makroökonomischer Modelle um ein Liquiditätskonzept. Während seines Studiums arbeitete er als Tutor und wissenschaftlicher Mitarbeiter an diversen Lehrstühlen der TU Dortmund.

Marvin Müller erwarb seinen Bachelor und Master in Wirtschaftsingenieurwesen an der TU Dortmund. Er schrieb seine Bachelorarbeit für die BMW AG in München über Key Performance Indicators in Planungsprozessen in der Motorenentwicklung. Für seine Masterarbeit analysierte er spieltheoretisch Kooperationsstrukturen. Er zeigte, dass das Verhalten eines Spielers, das aus Einzelsicht ineffizient ist, effizient sein kann, wenn man eine Gruppe von Spielern als eine Union betrachtet.



Andre Seepe studierte Betriebs- und Volkswirtschaftslehre an der TU Dortmund. Er arbeitete als studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Makroökonomie (Prof. Dr. Philip Jung) und Angewandte Volkswirtschaftslehre (Prof. Dr. Ludger Linnemann) und lehrte dort als Tutor „Einführung in Makroökonomie“ und Ökonometrie. In seiner Masterarbeit untersuchte er die Auswirkungen von Entwicklungshilfe auf die wirtschaftliche Entwicklung mithilfe von Panel IV Methoden.

Nachruf auf Dr. Michael Fertig

† Am 30. April 2018 ist unser ehemaliger Mitarbeiter Dr. Michael Fertig im Alter von 47 Jahren verstorben. Er war in den Jahren von 2002 bis 2006 als Forschungskordinator und stellvertretender Leiter des Kompetenzbereichs „Migration, Integration und Bildung“ am RWI tätig und hat das RWI in einer Phase des Umbruchs entscheidend mitgeprägt. Auch nach seinem Weggang blieb er dem Institut als Mitglied des RWI Research Network aktiv verbunden.

Nachruf auf Heinrich Frommknecht

† Am 25. Mai 2018 verstarb der langjährige Vorsitzende unseres Verwaltungsrates Heinrich Frommknecht im Alter von 86 Jahren. Er war von 1985 bis 2004 Mitglied des Verwaltungsrates des RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, von 1996 bis 2004 dessen Vorsitzender. Auch danach blieb er dem RWI als Ehrenmitglied eng verbunden. Während seiner Amtszeit hat Heinrich Frommknecht sich unermüdlich für das Institut eingesetzt, viele grundlegende Entscheidungen im RWI vorangetrieben, unterstützt und kritisch begleitet.



Viele Informationen rund um unser Institutsjubiläum und insbesondere Eindrücke vom Festakt in der Philharmonie Essen finden sich in der Jubiläumsausgabe der „News“ zu „75 Jahre RWI“, verfügbar unter www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-news/

„Was macht eigentlich...“



... Benedict Zinke

absolvierte seine Ausbildung zum Mediengestalter von 2008 bis 2011 am RWI. Im Anschluss machte er sich selbstständig. Seit 2015 ist er Mitgründer und Partner des Designbüros „Present Progressive“ in Düsseldorf und beschäftigt sich hauptsächlich mit Webkonzeption und Webentwicklung. Parallel dazu schloss er ein Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Düsseldorf ab.

Was haben Sie aus Ihrer Arbeit am RWI für Ihre jetzige Tätigkeit gelernt?

Da es meine erste berufliche Station war, habe ich neben dem fachlichen Wissen auch eine ganze Menge Grundlagen mitgenommen, die mich Zeit meines Berufslebens begleiten werden.

Was haben Sie aus Ihrer Zeit am RWI noch am deutlichsten in Erinnerung?

Die Weihnachts-/Neujahressen mit der Abteilung beim damaligen Pressesprecher Joachim Schmidt zuhause, der jedes Mal fantastisch gekocht hat – nur der gefrorene Schmalz-Lolli als Dessert war etwas gewöhnungsbedürftig ;-)

Wie unterscheidet sich das, was Sie jetzt tun, von Ihrer Arbeit am Institut?

Mein Tätigkeitsfeld hat sich deutlich zugunsten der Programmierung verschoben. Ich bin heute weit weniger gestalterisch tätig, als ich das noch beim RWI war. Dazu kommt, dass ich mich als Selbstständiger nun natürlich auch um eine Vielzahl anderer Dinge wie Akquise oder Buchhaltung kümmern muss, mit denen ich beim RWI eher wenig in Berührung kam.

Was ist aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung, die zukünftig auf die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute zukommen wird?

Durch die Fülle an Informationen, die heutzutage ständig verfügbar sind, halte ich es für wichtiger denn je, dass es Instanzen gibt, die komplizierteste Sachverhalte analysieren und einordnen sowie einfach und verständlich kommunizieren können – idealerweise so, dass jede Bürgerin und jeder Bürger erreicht wird.

Auf welche Frage würden Sie gerne einmal antworten?

Auf eine leichtere als diese.

RWI News **Nr. 1&2/2018**

Herausgeber:
RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1–3
45128 Essen

Fon: 0201-8149-0, Fax: 0201-8149-200
rwi@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Jörg Schäfer (Tel. -244), Sabine Weiler (V.i.S.d.P.), Julian Rodemann

Layout: Daniela Schwindt, Magdalena Franke

Bildnachweis: Julica Bracht (23), DICE (19), Bettina Engel-Albustin (18),
Dirk Heckmann (22), Raphael Janzer (25), IPP/Uni Mainz (20), Laura Krabbe (17),
Sven Lorenz (2, 11, 12, 13, 24), RUB/Marquard (18), Daniela Schwindt (14, 24), UDE (17)

ISSN 1612-3581